



Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung | 11513 Berlin

Vorsitzenden der Geschäftsführung der  
Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH  
Herrn Stefan Studt

Per E-Mail: [REDACTED]

## Betr.: Umgang mit neuen Erkenntnissen im Standortauswahlverfahren

Sehr geehrter Herr Studt,

mit Schreiben vom 15. Februar 2022 teilen Sie mir mit, dass die Beratungsergebnisse über den Zwischenbericht Teilgebiete nicht nur zu einer Eingrenzung, sondern auch zu einer Erweiterung von zu betrachtenden Teilgebieten und damit zu Fragen einer möglichen Rückwirkung auf die Sicherheitsvorschriften nach § 21 StandAG führten. Sie legen dar, dass im Sinne des lernenden Standortauswahlverfahrens eine „Berücksichtigung des verbesserten Kenntnisstandes“ geboten sei. Neue und weitere Daten würden bei Ihrer Bewertung des Untergrundes einfließen. Somit könnten sich aufgrund von Fehleinschätzungen oder Bearbeitungsfehlern die Zuschnitte der Teilgebiete verändern.

Ich begrüße es, dass Sie Ihre Feststellungen aus dem Zwischenbericht Teilgebiete einer genauen Überprüfung unterziehen und auf diese Weise die Beratungsergebnisse der Fachkonferenz Teilgebiete und weitere Stellungnahmen sowie verfügbare Daten in Ihre weiteren Arbeiten einbeziehen.

Im Interesse eines transparenten und nachvollziehbaren Verfahrens sehe ich es als notwendig an, dass Sie diesen verbesserten Kenntnisstand in komprimierter Form zusammenfassen und mir zur Veröffentlichung auf der Informationsplattform nach § 6 StandAG zuleiten. Nur so kann verhindert werden, dass im Zeitraum bis zu Ihrem Vorschlag für die Standortregionen zur übertägigen Erkundung neue Vermutungen und Behauptungen zu einzelnen Gebieten in der Öffentlichkeit geäußert werden, zu denen jeweils im Einzelfall eine Reaktion Ihrerseits erwartet wird.

Eine konsolidierte Karte der identifizierten Gebiete und Teilgebiete kann zugleich auch als Grundlage dafür dienen, die Standortsicherung gemäß § 21 StandAG exakt auf die Gebiete anzuwenden, die tatsächlich aktuell als bestmöglich sicherer Standort für die Endlagerung durch Sie noch in Betracht gezogen werden. Für Vorhaben, die innerhalb eines Teilgebietes liegen, bei denen aber nach neuen Erkenntnissen offensichtlich ist, dass dieser klar begrenzte Bereich für die Endlagerung nicht geeignet ist, haben wir eine praktikable Lösung im Einvernehmensverfahren gefunden (vgl. unser Schreiben vom 7. Dezember 2021). Für den umgekehrten Fall, den Sie in Ihrem o. g. Schreiben nun erstmals feststellen, ist es notwendig, mit den betroffenen Ländern eine sachgerechte Lösung festzulegen. Für die Umsetzung brauche ich von Ihnen eine belastbare Grundlage. Das in Ihrem Schreiben skizzierte Vorgehen ist dagegen – nicht zuletzt aufgrund der ungewissen zeitlichen Perspektive – nicht geeignet, den gebotenen Schutz potenziell geeigneter Gebiete fair und transparent herzustellen.

Datum  
**12. April 2022**

**Ihr Zeichen**  
SG01101/2-1/31-2022#2

vom 15.02.2022

**Mein Zeichen**

**Es schreibt Ihnen:**

[REDACTED]  
Abteilungsleiterin  
T: +49 30 184321- [REDACTED]  
[REDACTED]@base.bund.de

**So erreichen Sie uns:**

**Postadresse:**  
Bundesamt  
für die Sicherheit  
der nuklearen Entsorgung  
11513 Berlin

**Besucher-, Zustell-  
und Lieferadresse:**  
Wegelystraße 8  
10623 Berlin

**Dienstszitz Salzgitter:**  
Willy-Brandt-Straße 5  
38226 Salzgitter

T: +49 30 184321-0  
info@base.bund.de  
**www.base.bund.de**

BASE  
**ABTEILUNG AUFSICHT**

Zu der Frage, bis wann Sie die konsolidierten Karten zur Verfügung stellen können, erbitte ich Ihre Rückmeldung bis zum 06.05.2022.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

